



Offener Brief/Mail an alle Bremer Bürgerschaftsabgeordneten:

Angebotsabbau im Sozialbereich im "ZUWENDUNGSBEREICH" stoppen! Eine grundlegende Wende ist notwendig! Enquetekommission einrichten!

Sehr geehrte Bremer Bürgerschaftsabgeordnete und Senatsmitglieder,

mit großer Sorge beobachten wir Bremer SozialarbeiterInnen, wie die Sozialpolitik der Landesregierung seit langem mit großen Privatisierungswellen vormals öffentlicher Angebote und mit finanzieller "Aushungerung" (Schuldenbremse, "Sparen" am Sozialen usw.) präventiv wirkender und Lebensverhältnisse stabilisierender Einrichtungen grundlegende Handlungsmaximen und Standards Sozialer Arbeit immer weiter unterhöhlt, zum Schaden der Menschen, die in dieser Stadt mit einer so hohen Armutsquote Unterstützung und lebenswerte, stabile Lebensverhältnisse in ihren Quartieren am allerdringendsten bräuchten.

Gemeinsam ist all diesem Notstand in diesen gesellschaftlich so wichtigen Einrichtungen in der Jugendförderung (Freizeitheime, Clubs, Spielplätze, Jugendfarmen, Jugendverbände, Beratungsgebote), in der Suchtberatung

und Drogenprävention, in den Häusern der Familie, in den Altenbegegnungsstätten und vielen mehr..., dass sie überwiegend refinanziert werden über den sogenannten

"ZUWENDUNGSBEREICH", den manche Stadtkämmerer bis heute in Unkenntnis der Gesetzeslage und der sozialarbeiterischen Notwendigkeiten als "freiwillige Leistungen" abwerten und abwehren.

Der Notstand kann in zahlreichen Antworten des Senats auf Anfragen nachgelesen werden, zuletzt hier im April 2019: https://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2019-05-02_Drs-19-958%20S_f659d.pdf

Wie sie unseren Ausführungen in der beiligenden, ausführlichen Erklärung (pdf) entnehmen können, appellieren wir an Sie (u.a. auch in den kommenden Haushaltsberatungen)

- zuwendungsfinanzierte, präventive Pflichtaufgaben mit einer auskömmlichen und dauerhaften Regel- und Grundfinanzierung zu stärken!
- eine grundlegende Wende und Neuorientierung in wichtigen Feldern der Sozialen Arbeit in Bremen einzuleiten, die die im beiliegenden Dokument benannten Fehlentwicklungen in Bremen systematisch in den Blick nimmt!
- dafür die Einsetzung einer Enquetekommission, wie in Hamburg (siehe LINK unten) sehr erfolgreich parteiübergreifend umgesetzt, in die Wege zu leiten!
- sich im Rahmen der laufenden Reformbemühungen des SGB VIII im Bundesfamilienministerium, bzw. über den Bundesrat, dafür einzusetzen, dass die Struktur – und Handlungsmaximen der sog. "Lebensweltorientierung" (vgl. Hans Thiersch u.a.) weiterhin das zentrale Paradigma, die fachliche Grundlage der Sozialen Arbeit bleibt.

Bremen, 03.09.2019

SozialarbeiterInnen im "Bremer Bündnis Soziale Arbeit" und im "Bündnis 30% mehr Zukunft für die Jugendförderung"